



Jahresbericht 2017

Von Menschen für Menschen



Inhalt

Das Politische Jahr.....	02
Politische Gespräche	06
Schwerpunktthema Deutscher Sozialpreis.....	08
Veranstaltungen 2017.....	10
BAGFW-Mitgliederversammlung	16
Gremien der BAGFW.....	17
Sozialkommission I.....	18
Sozialkommission II.....	20
Finanzkommission.....	22
Geschäftsstelle.....	23
Finanzen	30



Bundesarbeitsgemeinschaft

der Freien
Wohlfahrtspflege

**Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege e.V.**
Oranienburger Straße 13–14
10178 Berlin
Telefon: 030 24089-0
Fax: 030 24089-134
E-Mail: info@bag-wohlfahrt.de
www.bagfw.de



Eine ausführlichere Darstellung der Aktivitäten der BAGFW finden Sie auf unserer Webseite
<http://www.bagfw.de/veroeffentlichungen/publikationen/jahresbericht-2017/>

Wir sind darauf bedacht, die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter zu berücksichtigen.
Wir folgen dabei den Empfehlungen des Bundesverwaltungsamtes (BBB-Merkblatt M19).



Bundesarbeitsgemeinschaft

der Freien
Wohlfahrtspflege



GlücksSpirale

Die Rentenlotterie.

HIER DREHT SICH ALLES UM MOBILITÄT

630 MILLIONEN

MEHR ALS 630 MIO. EURO FÖRDERUNG FÜR DIE BUNDES-
ARBEITSGEMEINSCHAFT DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE.

2017



Das Politische Jahr

Mit Beginn des neuen Jahres hat in der BAGFW die Federführung vom Paritätischen Wohlfahrtsverband zum Deutschen Caritasverband gewechselt. Seitdem ist der Präsident des Deutschen Caritasverbandes für zwei Jahre neuer Präsident der Arbeitsgemeinschaft. Die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen dem Caritasverband und der BAGFW-Geschäftsstelle wurden in einer gemeinsamen Tagung Anfang des Jahres in Freiburg besprochen und abgestimmt.

Zu einer letzten Begegnung in seiner auslaufenden Amtszeit kam es Ende Januar mit Bundespräsident Joachim Gauck aus Anlass der Übergabe der Wohlfahrtsmarken durch Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble im Schloss Bellevue.

Anfang September 2017 gab es einen ersten Gedankenaustausch mit dem am 12. Februar 2017 neu gewählten Bundespräsidenten, Dr. Frank-Walter Steinmeier. Dabei erklärte der Bundespräsident, dass er die lange Tradition der Schirmherrschaft für die Wohlfahrtsmarken fortsetzen will. Inhaltlich ging es in dem Gespräch um Fragen der Integration von Geflüchteten, die Notwendigkeit der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und die dem entgegenstehenden Herausforderungen und um den Umgang mit populistischen Tendenzen in der Politik.

Diese Themen waren auch Gegenstand des Gespräches der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege mit der Bundeskanzlerin am 5. April 2017.



Verbandesgespräch mit Bundespräsident
Dr. Frank-Walter Steinmeier
© Bundesregierung, Henning Schacht



Gespräch mit Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
© Bundesregierung, Sandra Steins

Als Wahljahr bot 2017 vielfältige Anknüpfungspunkte für eine Bilanz der zurückliegenden Wahlperiode, die aus Sicht der BAGFW durchwachsen ausfällt. So wurde im Bereich der Altenhilfe durchaus Einiges erreicht und in konkrete Gesetzesvorhaben gefasst, andererseits zeichnet sich ab, dass die beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichen werden, eine qualitativ und quantitativ angemessene Pflege zu erbringen. Insgesamt haben die Pflege-Stärkungsgesetze der letzten Jahre für die Freie Wohlfahrtspflege nicht nur einen Zuwachs an Verantwortung, sondern auch beträchtlichen Mehraufwand im Rahmen der Pflegeselbstverwaltung mit sich gebracht. Diesen zu bewältigen ist auch für die vor uns liegenden Jahre eine kontinuierliche Herausforderung. Das noch im letzten Moment verabschiedete Pflegeberufegesetz findet als eine strukturelle Antwort auf den Fachkräftemangel unsere Zustimmung. Auch das Präventionsgesetz bewerten wir insgesamt positiv. Es wird darauf ankommen, wie sich seine Vorgaben in praktisches Handeln umsetzen lassen.

Im Bereich der Behindertenpolitik sind wir durch das Bundesteilhabegesetz einen großen Schritt in Richtung inklusive Gesellschaft vorangekommen. Vorbildlich war an diesem Prozess die Einbindung der Betroffenen und der sie vertretenden Verbände. Dadurch hat sich die enge Zusammenarbeit mit dem BMAS weiter vertieft. Auch in die weitere Umsetzung wird die BAGFW aktiv einbezogen. Mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS) haben wir im Herbst begonnen, gemeinsame Rahmenempfehlungen nach § 131 SGB IX für die Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe zu verhandeln.

Das Bundesarbeitsministerium ist maßgeblich verantwortlich für die Einführung eines Mindestlohns, der „Armut trotz Arbeit“ zwar nicht abschließend beseitigen kann, aber gleichwohl zu einer Verbesserung der bisherigen Situation führt. Nicht gelungen ist in dieser Legislaturperiode die wirksame Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit durch entsprechende Maßnahmen und Programme. Dazu wäre insbesondere ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt notwendig. Zu diesen Fragen haben wir uns auch direkt mit dem neu gewählten Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Herrn Detlef Scheele, ausgetauscht.

Im Zuständigkeitsbereich des BMFSFJ wurde viel erreicht im Hinblick auf die Betreuung von Kindern, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter. Dabei ist auch eine deutliche Verbesserung der finanziellen Unterstützungsleistungen zu verzeichnen. Die Bemühungen um ein inklusives SGB VIII müssen in der nächsten Legislaturperiode noch zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Auch im Bereich der Integration von Geflüchteten hat sich das Ministerium mit verschiedenen Programmen sehr aktiv eingebracht. Zu erwähnen ist insbesondere die signifikant verbesserte Förderung der sozial-psychiatrischen Zentren, die sich primär um traumatisierte Flüchtlinge kümmern.

Auch in 2017 stand das Thema Flucht und Integration nach wie vor an vorderer Stelle. Die Spitzenverbände haben sich dabei nicht nur am nationalen Flüchtlingsgipfel beteiligt, sondern hatten auch engen Austausch mit dem Flüchtlingsbeauftragten der Bundesregierung und den zuständigen Stellen im Bundesinnenministerium. Die BAGFW hat in diesem Zusammenhang Eckpunkte für ein Einwanderungsgesetz erarbeitet und in die Debatte eingespeist.

Zu diesem Themenkreis gab es auch Gespräche mit der Integrationsbeauftragten im Bundeskanzleramt, Frau Aydan Özoğuz und der neu gewählten Präsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Frau Jutta Cordt.

Im Hinblick auf die neue Legislaturperiode hat die BAGFW in ihren Fachausschüssen und Kommissionen zu den einzelnen Handlungsbereichen Forderungspapiere erarbeitet und sie den Parteien und Abgeordneten zur Verfügung gestellt. Sie verbindet damit die Hoffnung, dass möglichst viele ihrer Anregungen zu entsprechenden Regelungen in der 19. Legislaturperiode führen werden.

Nach der Wahl von Frau Manuela Schwesig zur Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern und dem Amtsantritt der neuen Familienministerin, Frau Dr. Katarina Barley, haben wir mit dieser einen zukunftsweisenden Dialog zur Digitalisierung der Freien Wohlfahrtspflege und ihrer Verbände begonnen, der im Ergebnis zu einer kodifizierten strategischen Partnerschaft im Hinblick auf diese wichtige Zukunftsfrage geführt hat. Fortgesetzt und abgeschlossen für diese Legislatur wurde auch die erfolgreiche Arbeit im Rahmen des gemeinsamen Sozialmonitorings mit der Bundesregierung unter Federführung des Arbeits- und Sozialministeriums. Der hervorragenden Moderation durch die Parlamentarische Staatssekretärin, Frau Gabriele Lösekrug-Möller, ist es zu verdanken, dass auch in diesem Jahr vielfältige Anstöße gegeben und in den Ressorts berücksichtigt werden konnten. Die Freie Wohlfahrtspflege misst diesem Format der vertrauensvollen Zusammenarbeit zur Reduzierung ungewollter Wirkungen der Sozialgesetzgebung nach wie vor eine hohe Bedeutung bei.



BAGFW-Präsident Neher im Gespräch mit
Frau MdEP Birgit Sippel, innenpolitische
Sprecherin der Sozialdemokraten, zur
Reform des Europäischen Asylsystems



Die BAGFW veranstaltete im Februar
einen Kongress mit dem Schwerpunkt
der Migrationsberatung für erwachsene
Zuwanderer.



Parlamentarischer Staatssekretär im BMAS Dirk Wiese zusammen mit BAGFW-Geschäftsführer Dr. Gerhard Timm während des Kongresses der Sozialwirtschaft

Am 27. und 28. April 2017 fand in der bewährten Zusammenarbeit zwischen der BAGFW, der Nomos-Verlagsgesellschaft und der Bank für Sozialwirtschaft der 10. Kongress der Sozialwirtschaft in Magdeburg statt, der sich wegen des Jubiläums als „Zukunftskongress“ verstand. Unter dem Motto „Die vernetzte Gesellschaft sozial gestalten“ ging es in der Tat um die wichtigen Zukunftsfragen der Sozialwirtschaft in den verschiedenen Feldern der sozialen Dienstleistungen. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte die Schirmherrschaft übernommen und der Parlamentarische Staatssekretär Dirk Wiese hat ein Grußwort übermittelt. Ein besonderer Höhepunkt war der Ausblick des Zukunftsforschers und Vorsitzenden der Daimler-Benz Stiftung Herrn Prof. Dr. Eckhard Minx unter dem Titel

„Vom Wege abkommen, um nicht auf der Strecke zu bleiben“ – Was müssen Unternehmen tun, um zukunftsorientiert zu bleiben?

Gemeinsam mit dem BMFSFJ und zwei weiteren Partnern haben wir am 19. Juni 2017 die Veranstaltung „Sozialraum Digital – Chancen und Herausforderungen für ein Miteinander im digitalen Zeitalter“ veranstaltet. Ziel war ein Austausch zwischen Praktikern und Verbandsmanagern über Chancen und Risiken der Digitalisierung vornehmlich im Bereich älterer Menschen. Die BAGFW steuerte neben einem Impulsvortrag einen Workshop zu Engagement und Digitalisierung bei.

In Kooperation mit dem BMAS koordinierte die BAGFW auch in 2017 das ESF-Förderprogramm „rückenwind – Für die Beschäftigten und Unternehmen in der Sozialwirtschaft“. In über 70 Projekten erarbeiten Träger der Freien Wohlfahrtspflege hier neue Instrumente und Ansätze der Fachkräftegewinnung und -bindung. Weitere 17 Vorhaben zum Themenschwerpunkt Arbeit 4.0/Digitalisierung konnten in 2017 bewilligt werden. Insgesamt stehen 37,5 Millionen Euro ESF-Mittel für das Förderprogramm bereit.

Wir haben uns ferner an der maßgeblich vom Deutschen Kulturrat vorgebrachten „Initiative kulturelle Integration“ beteiligt, die im Ergebnis ein vielbeachtetes Thesenpapier zu den verschiedenen Aspekten der Integration von Geflüchteten in unser kulturelles System erarbeitet hat. Die Anregung zu dieser Initiative entstand beim Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt im April 2016.

Die BAGFW wurde als Partner zudem in die Vorbereitungen eines „Empowerment-Projektes“ des BMFSFJ für die DIK-Verbände beratend mit einbezogen und konnte dort ihre Expertise in die Ausgestaltung einbringen. Im Rahmen der Sozialkommission II fand ein Gespräch mit Vertretern von Migrantenorganisationen statt, um mögliche gemeinsame Interessen, insbesondere im Bereich der interkulturellen Öffnung der sozialen Arbeit und die weitere Zusammenarbeit zu besprechen.

Ein wichtiges Thema in den Diskussionen mit dem Familienministerium waren schließlich auch Fragen der Wirkungsorientierung der sozialen Arbeit. Diese Debatte führen die Verbände in ihren eigenen Organisationen und im Rahmen der BAGFW bereits seit längerem. Zunehmend möchte nun auch das BMFSFJ seine Programme stärker an den Wirkungen orientieren und erwartet dazu eine entsprechende Berichterstattung in den Verwendungsnachweisen und Sachberichten. Das Thema ist insgesamt sehr komplex und es bedarf noch weiterer Erörterung, um zu einer gemeinsamen Sicht zu gelangen.

Ähnlich wie die Anforderungen an Wirkungsnachweise zunehmen, steigen auch die Anforderungen an die Transparenz gemeinnütziger Organisationen. Die aktuelle Initiative geht vom Land Hessen aus. Sie versucht eine möglichst bundesweite oder zumindest länderübergreifende Regelung zu verschriftlichen, die für „Zwendungsempfänger“ Eckpunkte einer transparenten Darstellung ihrer Organisation und ihres Finanzgebarens festlegt. Die BAGFW hat schon in der Vergangenheit eine diesbezügliche Gesetzesregelung gefordert und beteiligt sich gern und motiviert an der notwendigen Debatte.

Intern hat die Mitgliederversammlung im letzten Jahr eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit dem strukturellen Defizit der BAGFW-Geschäftsstelle befassen soll, um auf der Basis einer umfassenden Analyse des Status-Quo Lösungen für die bestehenden Herausforderungen zu finden. Die AG wird der Mitgliederversammlung dazu entsprechende Szenarien entwickeln.

Ein gelungener Abschluss des Jahres war – wie schon so oft – das Politikforum mit der Verleihung des Deutschen Sozialpreises. Die von der Jury ausgewählten journalistischen Beiträge waren erneut von hoher Qualität und emotionaler Dichte. Ein weiterer Höhepunkt war die sehr politische Rede des ZDF-Chefredakteurs Dr. Peter Frey, die offensichtlich vielen der Teilnehmenden aus der Seele gesprochen hat.



Preisträger Deutscher Sozialpreis 2017

Erwähnen möchten wir abschließend noch ein sehr erfreuliches Ereignis, nämlich das 100-jährige Jubiläum unseres Mitgliedes Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, das am 10. September 2017 mit einem Festakt in Frankfurt begangen und am 26. November 2017 in Berlin mit einem Symposium gewürdigt wurde. Noch einmal einen herzlichen Glückwunsch, liebe ZWST!

Abschließend danken wir allen Mitgliedern und Partnern und natürlich den Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle für ihre Unterstützung, ihren Einsatz und ihr Engagement, ohne das diese Jahresbilanz nicht annähernd so positiv ausgefallen wäre.

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident der BAGFW

Dr. Gerhard Timm
Geschäftsführer der BAGFW

Politische Gespräche

Politische Kommunikation ist die Kernaufgabe der BAGFW, die sie auf verschiedenen Ebenen und in verschiedener Form wahrnimmt. Voraussetzung ist in jedem Fall die Klärung und Abstimmung einer gemeinsamen Position. Die politischen Gesprächspartner in der Bundeshauptstadt reichen von der Bundeskanzlerin über die Minister bis weit in die Ministerialbürokratie hinein. Im Deutschen Bundestag sprechen wir mit den Abgeordneten und ihren gewählten Funktionsträgern, aber natürlich auch mit den Parteien. Die Gespräche werden auf den verschiedenen Ebenen der BAGFW z. T. unter Beteiligung aller Verbände, oft in kleineren Gruppen, gelegentlich aber auch als „Vier-Augen-Gespräche“ geführt. Die Geschäftsstelle stellt die Vorbereitung, die Dokumentation und Verbreitung der Ergebnisse sicher, damit mit den Gesprächsergebnissen weiter gearbeitet werden kann.

Ausgewählte Politische Gespräche

14.02.2017: Detlef Scheele, Vorstand Bundesagentur für Arbeit

Bei diesem Verbändegespräch hat sich die BAGFW mit Herrn Scheele zu folgenden Themen ausgetauscht: Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM), Erfahrungen mit Vergabemaßnahmen wie z. B. KompAS, Kommit und Perf. Des Weiteren wurden die Themen ÖGB, Reha-Modellprojekte im Rechtskreis des SGB II, Umschichtungen aus dem EGT in das Verwaltungsbudget, Krankenversicherungsbeiträge für Wohnungslose angesprochen.

24.03.2017: Jutta Cordt, Präsidentin des BAMF

Ziel dieses Antrittsgesprächs des neuen BAGFW-Präsidenten Prälat Dr. Neher und der neuen BAMF-Präsidentin war ein gegenseitiges Kennenlernen und ein erster Austausch zu den Punkten Qualität im Asylverfahren, Rückkehrberatung und Migrationsberatung.

05.04.2017: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Schwerpunkte des Verbändegesprächs mit der Bundeskanzlerin waren die Themen Integration als gesellschaftliche Aufgabe, Gleichwertige Lebensverhältnisse und die Populismusdebatte.

05.05.2017: Bundesministerin Manuela Schwesig, BMFSFJ

Dieses Verbändegespräch mit der Bundesfamilienministerin drehte sich im Kern um die Bilanz und Auswertung der Aktivitäten des Ministeriums im Bereich Kinder und Familie, die Verstetigung und Anhebungen in den Haushaltstiteln 684 04 und 684 05 sowie um das SGB VIII und das Thema Pflegendes Angehörige inklusive pflegender Kinder und deren Unterstützungsbedarf.

02.06.2017: Abschlusssitzung des Gemeinsamen Sozialmonitorings mit der Bundesregierung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode

Staatssekretärin im BMAS Gabriele Lösekrug-Möller und die Parlamentarische Staatssekretärin im BMG Anette Widmann-Mauz zogen eine positive Bilanz und würdigten die Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege.

13.06.2017: SPD-Parteivorsitzender Martin Schulz

Kernthemen dieses Verbändegesprächs mit dem SPD-Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden Martin Schulz waren Soziales Europa, Engagementstiftung, Pflege und Arbeitsmarktpolitik.

22.06.2017: Staatsministerin Aydan Özoğuz

Im Fokus dieses Gesprächs standen die aktuellen Programme der Integrationsbeauftragten, das Thema Sprachmittlung und eine Diskussion über integrationspolitischen Handlungsbedarf in der nächsten Legislaturperiode sowie die aktuelle Gesetzgebung.

01.09.2017: Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier

Bei diesem Verbändegespräch mit dem Bundespräsidenten wurden die Themen Integration als gesellschaftliche Aufgabe, gleichwertige Lebensverhältnisse und die Populismusdebatte angesprochen. Darüber hinaus wies der Bundespräsident die BAGFW auf das Thema bedingungsloses Grundeinkommen hin. Im Ergebnis des Gesprächs übernahm der Bundespräsident erneut die Schirmherrschaft der Wohlfahrtsmarken.

07.09.2017: Bundesministerin Dr. Katarina Barley

Anlass dieses Austauschs zwischen der neuen Bundesfamilienministerin und den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege war die Veröffentlichung der Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Bereich der Digitalen Transformation zwischen dem BMFSFJ und der BAGFW. Des Weiteren wurde über die Aufwertung der SAHGE-Berufe /Fachkräftemangel/Pflegeberufereformgesetz und Kitas: Qualitätsentwicklungsgesetz/Perspektiven und Projekt Demokratieförderung diskutiert.

06. und 07.12.2017: Europapolitische Gespräche des BAGFW-Präsidenten

Eine an den Bedürfnissen der Schutzbedürftigen ausgerichtete EU-Flüchtlingspolitik sowie ein sozialer und inklusiver EU-Haushalt nach 2020 waren die wichtigsten Themen zu denen BAGFW-Präsident Prälat Dr. Peter Neher am 6. und 7. Dezember 2017 hochrangige europapolitische Gespräche in Brüssel mit Ska Keller, Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin der Grünen, EU-Kommissar Günter Oettinger und Birgit Sippel, innenpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten, führte.



1 Verbändegespräch mit Bundesministerin Manuela Schwesig, BMFSFJ 2 Staatssekretärin im BMAS Gabriele Lösekrug-Möller mit Gesprächspartnern 3 Verbändegespräch mit SPD-Parteivorsitzenden Martin Schulz 4 Mit Bundesministerin Dr. Katarina Barley Zusammenarbeit bei digitaler Transformation vereinbart 5 BAGFW-Präsident Neher trifft EU-Kommissar Oettinger zu dem Thema „Ein sozialer und inklusiver EU-Haushalt nach 2020“

Eine Kultur des Zuhörens schaffen

Deutscher Sozialpreis – Medienpreis der Freien Wohlfahrtspflege – mit neuer Sparte Online



Elke Sasse, Preisträgerin der Sparte Fernsehen des Deutschen Sozialpreises 2017, sprach von einer Kultur des Zuhörens, die Journalisten schaffen können und so mithelfen, dass alle Menschen unserer Gesellschaft Gehör finden. Über die Verantwortung von Journalisten/innen und ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt wurde öffentlich viel nachgedacht zur Preisverleihung des Deutschen Sozialpreises 2017. Auch das ist Teil der Qualität des Medienpreises der Freien Wohlfahrtspflege. Er gehöre zu den wichtigsten Journalistenpreisen Deutschlands, wie der Chefredakteur der Landesrundfunkanstalt Rundfunk Berlin Brandenburg, Christoph Singelstein, ihn vor einiger Zeit lobte.

Relativ kurz vor seinem 50-jährigen Bestehen gelang 2017 eine Erweiterung des Deutschen Sozialpreises, die Hoffnung darauf macht, dass der Preis auch den Sprung in das digitale Zeitalter des Journalismus schafft. Die Sparte Online des Deutschen Sozialpreises wurde erstmalig ausgeschrieben. Es dürfen einzelne Beiträge eingereicht werden, die ein soziales Thema unabhängig journalistisch, dem Medium entsprechend, aufbereiten. Die Beiträge sollen für das Online-Medium produziert worden sein. Die Arbeiten sollen die Möglichkeiten des Online-Mediums nutzen (bspw. Multimedialität, Möglichkeiten des Teilens und Kommentierens, Barrierefreiheit). Die Online-Beiträge unterliegen keiner Begrenzung in der Länge. Sie müssen auf einer deutschsprachigen Webseite erschienen sein und über einen aktiven, öffentlichen Link zugänglich sein. Soweit die Details. Im Jahr 2017 wurden Beiträge für die Sparte Online eingereicht, die tatsächlich unterschiedlicher nicht sein könnten. Dies wirft ein Schlaglicht auf Fragen, denen sich die Jury des Deutschen Sozialpreises stellen muss: Wie vergleichbar sind Beiträge der Social Media mit Online-Projekten? Welchen Stellenwert sollte die Barrierefreiheit oder Multimedialität einnehmen? Kann die neue Sparte alles abbilden, was derzeit in der Medienbranche in Bewegung und an Innovationen erlebbar ist?

Jenseits des Online-Mediums gibt es immer mehr journalistische Arbeit, die crossmedial publiziert wird oder einem Projektansatz folgt, in dem nicht nur journalistische Kompetenzen zusammen kommen. So ist bereits jetzt klar, dass unser Medienpreis der Freien Wohlfahrtspflege noch mehr Türen öffnen muss, wenn er Journalistinnen und Journalisten, wo immer sie arbeiten, einen Anreiz bieten möchte, vorbehaltlos und empathisch über Menschen in unserem Land zu berichten.

Intension bleibt

Die Wohlfahrtsverbände sind Stifter des Deutschen Sozialpreises. Seit 1971 verleiht die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege jährlich diesen Medienpreis und zeichnet journalistische Beiträge aus, bei denen sowohl das journalistische Selbstverständnis und Können als auch dessen Wirkung auf das gesellschaftliche Bewusstsein im Mittelpunkt stehen. Die Auslobung des Deutschen Sozialpreises ist Anerkennung, Dank und Ermutigung an Redaktionen, Herausgeber und Herausgeberinnen, Intendanten und Intendantinnen, sozialen Themen in ihren Medien den notwendigen Raum zu geben und damit Partei zu ergreifen für Menschen in ihrer besonderen Lebenssituation.

Die Preisträger/-innen 2017

Sparte Print

Isabell Hülsen, Kristina Gnirke, Martin U. Müller
„Ein krankes Haus“, SPIEGEL
Innenansichten eines Klinikkonzerns

Sparte Online

Jürgen Brügger, Jörg Haaßengier
„Die Nordstadtkinder“, wdr.de
Eine Webdokumentation über Kinder aus dem sozialen Brennpunkt der Dortmunder Nordstadt.

Sparte Hörfunk

Stephan Beuting, Sven Preger
Serie: „Der Anhalter“, WDR 5
Die Serie zeigt exemplarisch den Lebensweg eines Mannes, der nach seiner Kindheit in der Jugendpsychiatrie nicht mehr ins Leben zurück findet.

Sparte Fernsehen

Der Preis wird nach der Entscheidung der Jury geteilt.

Simone Grabs

37° „Wirklich beste Freunde – eine Clique fürs Leben“, ZDF
Der Beitrag erzählt die Geschichte eines schwerstbehinderten jungen Mannes, der von seinen Freunden betreut wird.

Elke Sasse

„#MyEscape“, Deutsche Welle/WDR
Der Dokumentarfilm ist eine Montage aus (Handy-) Videos von Flüchtlingen, die ihre lebensgefährliche Flucht nach Deutschland selbst dokumentieren.

Die Verleihung des Deutschen Sozialpreises 2017 fand im Rahmen des BAGFW-Politikforums am 22. November 2017 in der Akademie der Künste statt. Prominenter Gastredner war Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF.



Kongress zur Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer

Unverzichtbarer Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die hohe Anzahl von Geflüchteten und weiteren Zugewanderten, insbesondere aus anderen EU-Staaten, stellt unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Für eine gelingende Integration der zugewanderten Menschen ist die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) ein wichtiger Faktor. Der am 16. Februar 2017 stattgefundene Kongress „Migrationsgesellschaft durch soziale Arbeit gestalten – die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) im Gemeinwesen“ im Berliner Umweltforum stellte die Arbeit des Migrationsberatungsdienstes vor und diskutierte die Ziele, Aufgaben und Potentiale im gesellschaftlichen Integrationsgeschehen.

Die Migrationsberatung wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verantwortet und vor Ort passgenau von den Wohlfahrtsverbänden, die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege organisiert sind, sowie dem Bund der Vertriebenen (BdV) durchgeführt. Dabei arbeitet sie sehr erfolgreich. Laut einer Studie des Forschungszentrums des Bundesamtes bewerten 95 Prozent der Ratsuchenden die Hilfeleistung der MBE als „sehr gut“ oder „eher gut“.

Die MBE berät ohne Ansehen der Person, vertraulich und kostenfrei. Die MBE steht allen Migranten offen, so können diese beispielsweise sowohl Geflüchtete mit sogenannter guter Bleibeperspektive, Menschen, die über den Familiennachzug nach Deutschland kommen, bereits anerkannte Flüchtlinge, aber auch Spätaussiedler in Anspruch nehmen. Menschen aus rund 100 Staaten wurden in den letzten Jahren beraten. Viele befinden sich in wirtschaftlichen und sozialen Notlagen, selbst wenn sie hochqualifiziert sind. Auf ihren individuellen Informationsbedarf geht die MBE mit Einzelfallberatung durch qualifizierte Berater/innen ein. Das Angebot hat sich bewährt.



Dr. Uta Dauke, Vizepräsidentin Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, BAGFW-Präsident Dr. Peter Neher, Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D. und Parlamentarischer Staatssekretär im BMI, Dr. Günther Krings, hoben den hohen Wert der MBE hervor.

Dr. Uta Dauke, Vizepräsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, sieht die Arbeit der MBE als zentralen Bestandteil der Integration: „Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer leistet einen wichtigen Beitrag für die ökonomische, soziale, kulturelle und politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und sie ist stark nachgefragt. Alleine im Jahr 2015 wurden in der MBE rund 320.000 Personen erreicht, für 2016 gehen wir von rund 400.000 Menschen aus. Die MBE ist insofern ein wichtiger Grundpfeiler der Integrationspolitik der Bundesregierung, den wir weiter stärken wollen. Wir freuen uns, dass die finanziellen Mittel für die MBE in diesem Jahr im Vergleich zu 2014 auf rund 50 Millionen Euro verdoppelt wurden.“

Prälat Dr. Peter Neher, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) betont: „Die Beraterinnen und Berater in den 750 MBE-Einrichtungen in Deutschland absolvierten in den letzten Jahren ein anspruchsvolles Programm, das an die Grenzen der Belastbarkeit ging. Wir gehen davon aus, dass der Bedarf anhaltend hoch bleibt und sich die Beratungsanliegen noch erweitern. Unsere Beratung bietet prägende Orientierungen für das Leben in der neuen Heimat. Hier profitieren Ratsuchende, zugleich wird sozialer Frieden dort gefördert, wo Zugewanderte und Einheimische zusammenleben. Dieser Beitrag ist unverzichtbar und benötigt bedarfsgerechte Ressourcen.“



Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer ist stark nachgefragt. Die TeilnehmerInnen folgten hochkarätigen RednerInnen und Gesprächsrunden.

Fotos: Julia Otto



Intensiver Austausch unter den Teilnehmenden im Berliner Umweltforum



Kooperationsveranstaltung Sozialraum Digital

Chancen und Herausforderungen für ein Miteinander im digitalen Zeitalter

Am 19. Juni 2017 luden das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zusammen mit dem Bundesverband Gesundheits-IT (bvigt), den Innovation Health Partners (IHP) und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zur Diskussion über die sozialen Dimensionen der Digitalisierung und ihrer konkreten Bedeutung für den Sozialraum, insbesondere in Bezug auf ältere Menschen, ein.

Die Veranstaltung hatte zum Ziel sich mit Fachexperten/innen aus der Zivilgesellschaft, der Sozial- und der IT-Wirtschaft sowie der Politik und Verwaltung interdisziplinär auszutauschen und gemeinsam Empfehlungen für ein gelungenes Miteinander im digitalen Zeitalter zu entwickeln.

Hierbei bestand Konsens, dass die Digitalisierung die Gesellschaft in allen Bereichen grundlegend verändert. Sie ermöglicht neue Innovationspotentiale und stellt zugleich etablierte gewachsene Strukturen in Frage. Sie ist auch für die Teilhabe und das Miteinander unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere auch für ältere Menschen, hoch relevant. Insofern stellt die Digitalisierung – besonders im Kontext von Mobilität – grundsätzlich aber auch ganz konkret für das Miteinander im Sozialraum vielfältige Chancen der Vernetzung und zugleich auch Risiken der Vereinzelung oder sozialen Spaltung dar.



„So wirkt Ehrenamt“

Konferenzen und Workshops zum Engagement für und mit Geflüchteten 9. und 10. Oktober 2017 Frankfurt am Main, 20. und 21. November 2017 Lutherstadt Wittenberg

„Sie und Ihre Kollegen sind der Grund, warum 80 Prozent der Menschen eine Idee davon haben, wie eine Einwanderungsgesellschaft gestaltet werden könnte“ – so bedankte sich Wolfgang Barth, Leiter der Abt. Migration und interkulturelle Öffnung beim AWO Bundesverband, im Namen der BAGFW bei den Anwesenden für die schon fast zweijährige Zusammenarbeit, ihr Engagement, ihr Durchhalten und die zivilgesellschaftliche Einmischung in die asyl- und migrationspolitische Debatte. Angesichts des Ergebnisses der letzten Bundestagswahl sei das ehrenamtliche Engagement für Geflüchtete und damit das von der Integrationsbeauftragten geförderte Projekt „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen“ von großer Bedeutung für das Arbeitsfeld der Einwanderungsgesellschaft. Die insgesamt rund 150 Teilnehmenden aus verschiedensten ehrenamtlichen Initiativen tauschten intensiv Erfahrungen aus und sprachen über Bedingungen für gelungenes ehrenamtliches Engagement.



Dokumentation „So wirkt Engagement“



„Kompetenzzentrum Betreuungsverein – Aufbruch, Umbruch oder Abbruch?“

BAGFW-Fachtagung

Am 18. Oktober 2017 fand die BAGFW-Fachtagung "Kompetenzzentrum Betreuungsverein – Aufbruch, Umbruch oder Abbruch" in Kassel statt. 25 Jahre Betreuungsrecht – ein Grund zurückzublicken. Aber für die Betreuungsvereine auch ein Grund zu feiern? Viele Vereine kämpfen um ihre Existenz. Die Frage einer besseren Vergütung wird aktuell politisch hart diskutiert. Die Freie Wohlfahrtspflege wollte mit dieser Tagung bewusst den Blick nach vorne richten. Wagen wir den Aufbruch in eine neue Zukunft? Voraussetzung dafür sind schlüssige Analysen und Bewertungen. Danach können entscheidende Weichenstellungen folgen. Rund 100 Teilnehmende folgten der Tagung, die sich diesen Fragen in Vorträgen und Workshops widmete.

BAGFW im öffentlichen

Pressemeldungen 2017 11.01.2017 Prälat Dr. Neher tritt **BAGFW-Präsidentschaft** an, 16.02.2017 Migrationsberatung leistet unverzichtbaren Beitrag zur **Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts**, 08.03.2017 Europa muss auch echte **Wertegemeinschaft** werden: Soziale Rechte in den Politikfokus, 23.03.2017 Bündnis für Gemeinnützigkeit fordert: EU muss **Vorbild für soziale Gerechtigkeit werden**, 16.05.2017 **15 Thesen für Zusammenhalt in Vielfalt**, Aufruf zur Mitzeichnung, 02.06.2017 Parlamentarische Staatssekretärin im BMAS und Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege würdigen die gemeinsamen **Sozialmonitoringgespräche**, 19.06.2017 Interdisziplinäre Konferenz **Sozialraum Digital: Digitalisierung nutzt Menschen vor Ort – wenn niemand ausgegrenzt wird**, 07.09.2017 **Digitalisierung im Sozialen**, 15.09.2017 Auseinandersetzung mit Demenz kann Hilflosigkeit überwinden, 09.10.2017, Wohlfahrtsverbände würdigen Journalisten mit dem Deutschen Sozialpreis 2017, 01.11.2017 **Entbürokratisierung der Pflegedokumentation** jetzt in der Verantwortung der Trägerverbände der Pflege, 23.11.2017 Deutscher Sozialpreis auf BAGFW-Politikforum verliehen – **Gesellschaftlicher Zusammenhalt** war politisches Thema des Abends, 07.12.2017 Europa muss Wertegemeinschaft bleiben – Der **Schutz von Flüchtlingen** und ein sozialer EU-Haushalt nach 2020 benötigen höchste Priorität **Stellungnahmen 2017** 05.01.2017 Gemeinsame Position des DGB und der BAGFW zur **Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung** anlässlich des anstehenden nationalen Sozialberichts 2017 im Rahmen der Strategischen Sozialberichterstattung in Europa, 10.02.2017 Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf zu dem Übereinkommen des Europarats zur **Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt**, Istanbul 11. Mai 2011, SEV 210, 13.03.2017 Stellungnahme der BAGFW zum Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur **Erleichterung unternehmerischer Initiativen** aus bürgerschaftlichem Engagement und zum Bürokratieabbau bei Genossenschaften vom 17. Februar 2017, 16.03.2017 Stellungnahme der BAGFW zum **Europäischen Solidaritätskorps (ESK)**, 17.03.2017, Stellungnahme der BAGFW zur öffentlichen Konsultation über die **Reform der Mehrwertsteuersätze** (Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 206/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die Regeln für die Anwendung der MwSt-Sätze), 17.03.2017 Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf des **Nationalen Reformprogramms 2017 (NRP)**, 21.03.2017, Stellungnahme der BAGFW zu den Richtlinien des GKV Spitzenverbandes zur **Begutachtung von Pflegebedürftigkeit** nach dem XI. Buch des Sozialgesetzbuches (Begutachtungs-Richtlinien – Bri), 03.04.2017 Beitrag der BAGFW zur Konsultation der Europäischen Kommission zur **Halbzeitbewertung** des Programmes „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 2014–2020, 13.04.2017, **Kurzinformation der BAGFW zum reformierten Vergaberecht**, 26.04.2017 Stellungnahme der BAGFW zu der **Verordnung über die Verleihung der Rechtsfähigkeit** an wirtschaftliche Vereine nach § 22 BGB (Rechtsfähigkeitsverleihungsverordnung – RVV-E), 27.04.2017 Hinweise der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland zur **Umsetzung und Weiterentwicklung des FEAD/EHAP**, 12.05.2017 Stellungnahme der BAGFW zum Gesetz zur **Modernisierung der epidemiologischen Überwachung** übertragbarer Krankheiten und zu Änderungsanträgen, 12.05.2017 Gemeinsames Positionspapier von BAGFW, bpa und BV Med zur **Versorgung von Bewohnerinnen und Bewohnern mit aufsaugenden Inkontinenzprodukten** in der stationären Altenpflege, 22.05.2017 Konsultationsbeitrag der BAGFW zur **Halbzeitbewertung von Erasmus+**, 26.05.2017 Stellungnahme der BAGFW zum Antrag der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „**Eine Lobby für die Pflege – Arbeitsbedingungen und Mitspracherechte von Pflegekräften verbessern**“ (BT-Drs. 18/11414), 29.05.2017 Stellungnahme der BAGFW zum Vorschlag der EU-Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur **Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit**, 06.07.2017 **Leitbild der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer**, 06.07.2017 Eckpunkte der BAGFW zu einem **Einwanderungsgesetz/einer Einwanderungsgesetzgebung**, 29.08.2017 Stellungnahme der BAGFW zum Vorschlag für eine „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur **Festlegung des rechtlichen Rahmens des Europäischen Solidaritätskorps**“ (ESK) vom 30.05.2017, 30.08.2017 Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf der Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes über die **Durchführung und den Umfang von Qualitäts- und Abrechnungsprüfungen**, 07.09.2017 Stellungnahme der BAGFW zum Vorschlag für eine Richtlinie des europäischen Parlaments und des Rates zur **Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige** und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates, 07.09.2017 **Digitale Transformation und gesellschaftlicher Zusammenhalt** – Organisationsentwicklung der Freien Wohlfahrtspflege unter den Vorzeichen der Digitalisierung, 28.09.2017 Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf des GKV-Spitzenverbandes „**Rahmenempfehlungen zur ambulanten geriatrischen Rehabilitation**“, 14.11.2017 Unabhängige Asylverfahrensberatung – ein Beitrag zur Verbesserung von Fairness, Qualität und Effizienz des Asylverfahrens, 20.12.2017 Argumentationshilfe Die Organisation von sozialen Dienstleistungen – **Vorgaben und Ermessensspielräume im Leistungserbringungsrecht**

und politischen Raum

Politische Gespräche wurden unter anderem mit folgenden Personen und Gruppen geführt **Aydan Özoğuz**, Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, **Detlef Scheele**, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, **Dr. Angela Merkel**, MdB, Bundeskanzlerin, **Dr. Claudia Elif Stutz**, Leiterin des Referates Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Verbindung zu den Wohlfahrtsverbänden im Bundeskanzleramt, **Dr. Frank-Walter Steinmeier**, Bundespräsident, **Dr. Johannes Scheube**, Leiter des Referates Wirtschaft, Finanzen, Arbeit und Soziales, Umwelt und Verkehr im Bundespräsidialamt, **Dr. Katarina Barley**, MdB, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Dr. Rolf Schmachtenberg**, Leiter der Abteilung Teilhabe, Belange behinderter Menschen, Soziale Entschädigung, Sozialhilfe im BMAS, **Dr. Sven-Olaf Obst**, Leiter der Unterabteilung „Demografischer Wandel, Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege“ im BMFSFJ, **Gernot Kiefer**, Vorstand des GKV-Spitzenverbandes der Pflegekassen, **Jutta Cordt**, Präsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, **Karl-Josef Laumann**, Staatssekretär im BMG und Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie Bevollmächtigter für Pflege, **Kordula Schulz-Asche**, MdB, **Kenan Kolat**, Verband für Interkulturelle Wohlfahrtspflege, Empowerment und Diversity (VIW), **Manuela Schwesig**, Bundesministerin, **Martin Schulz**, Parteivorsitzender der SPD, **Norbert Feith**, Leiter des Referates Freie Wohlfahrtspflege und soziale Arbeit im BMFSFJ, **Norbert Spinrath**, MdB, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestages, **Prof. Dr. Matthias von Schwanenflügel**, Leiter der Abteilung Demografischer Wandel, Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege im BMFSFJ, **Thomas Fischer**, Abteilungsleiter Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim DGB, **BAGFW-Veranstaltungen** **02. März**, BAGFW-Workshop zur Digitalisierung, Berlin, **08. Juni**, Fachveranstaltung zu rückenwind+, Berlin, **26. September**, Abendempfang der BAGFW anlässlich des 60. Geburtstag von BAGFW-Geschäftsführer **Dr. Gerhard Timm**, Berlin, **9./10. Oktober** „So wirkt Ehrenamt“ BAGFW-Fachtagung im Rahmen des Projektes „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge“, Frankfurt/Main, **18. Oktober**, BAGFW-Fachtagung „Kompetenzzentrum Betreuungsverein – Aufbruch, Umbruch oder Abbruch?“, Kassel, **01./02. und 06./07. November** Multiplikatorenschulungen zum neuen Strukturmodell der Pflegedokumentation, **20./21. November** „So wirkt Ehrenamt“ BAGFW-Fachtagung im Rahmen des Projektes „Koordinierung, Qualifizierung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge“, Lutherstadt Wittenberg, **22. November**, BAGFW-Politikforum und Verleihung des Deutschen Sozialpreises, Berlin, **Veranstaltung mit aktiver BAGFW-Beteiligung** **12. Januar**, AG zum Thema muslimische Wohlfahrtspflege im BMFSFJ, Berlin, **12./13. Januar**, Klausurtagung des Bündnisses für Gemeinnützigkeit, Genshagen, **24. Januar**, 1. Arbeitstreffen der Initiative kulturelle Integration, Berlin, **14. Februar**, Sitzung der FES zur Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege, Berlin, **16. Februar**, MBE-Kongress „Migrationsgesellschaft durch Soziale Arbeit gestalten“, Berlin, **16. Februar**, Workshop des Paritätischen Gesamtverbandes zu Pflegekräften aus Vietnam, **08. März**, DGB-BAGFW-Konferenz zum Thema Armutsbekämpfung zum Kernthema machen, Brüssel, **23. März**, Deutscher Pflorgetag, Berlin, **28. bis 30. März**, Deutscher Jugendhilfetag, Düsseldorf, **07. April**, Sitzung Steuerungsgruppe des Bündnisses für Gemeinnützigkeit, Berlin, **25. bis 27. April**, Zukunftstag Altenpflege 2017, Hannover, **27./28. April**, 10. Kongress der Sozialwirtschaft, Magdeburg, **16. Mai**, Abschlussveranstaltung der Initiative kulturelle Integration, Berlin, **17. Mai**, Verleihung des Nationalen Integrationspreises im Bundeskanzleramt, Berlin, **31. Mai**, Runder Tisch Aktives Altern im BMFSFJ, Berlin, **02. Juni**, Abschluss-Sitzung des Gemeinsamen Sozialmonitorings mit der Bundesregierung, Berlin, **12. Juni**, Nationaler IT-Gipfel der Bundesregierung, Ludwigshafen, **19. Juni**, Gemeinsame Veranstaltung von BAGFW, bvitg, IHP und BMFSFJ zum Thema Sozialraum Digital – Chancen und Herausforderungen für ein Miteinander im digitalen Zeitalter, Berlin, **03. Juli**, 1. Sondierungsgespräch mit der BAGÜS zu Bundesempfehlungen nach § 131 Abs. 3 SGB IX, Berlin, **07. Juli**, „Stakeholder Dialogue: The coordination of social security systems – Going further or leave it as it is? In der Vertretung der Europäischen Kommission, Berlin, **11. Juli**, Sitzung des Kuratoriums ConSozial, Berlin, **25. August**, Fachgespräch zu Rechte Älterer im BMFSFJ, Berlin, **31. August**, Beiratssitzung Sozialwirtschaft, **06. September**, Abschlussveranstaltung zur Entbürokratisierung in der Pflegedokumentation im BMG, Berlin, **07. September**, Workshop des BMFSFJ bezüglich der Erweiterung des Patenschaftsprogramms „Menschen stärken Menschen“, Berlin, **21. September** 2. Sondierungsgespräch mit der BAGÜS zu Bundesempfehlungen nach § 131 Abs. 3 SGB IX, Münster, **12. Oktober**, Workshop des BMFSFJ und Social Impact zur Entwicklung sozialer Innovationen in der Wohlfahrtspflege, **16./17. Oktober**, Deutsch-polnische Konferenz „Stärkung der sozialen Dimension der Europäischen Union – Zusammenarbeit deutscher und polnischer Nichtregierungsorganisationen“, Warschau

Freie Wohlfahrtspflege

Wir sind für Menschen da – unabhängig von ihrer Herkunft, Religion und Weltanschauung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) ist die gemeinsame Stimme der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Caritasverband, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz, Diakonie Deutschland Evangelischer Bundesverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland wurzeln in unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen. Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeitenden sechs Spitzenverbände verleihen dem Anliegen Gehör, das sie eint: der Sorge für alle Menschen, die Hilfe benötigen.

Der federführende Verband ist mit einer Vielzahl von Aufgaben und Zuständigkeiten eng mit der Geschäftsstelle der BAGFW verbunden. Er nimmt hier Steuerungsfunktionen wahr. Insbesondere hat der Federführer auch Zugriff auf die Führungspositionen in den Fachausschüssen, in denen die inhaltlichen Positionen der BAGFW erarbeitet werden. Diese Regelung erlaubt eine einheitliche und stringente Führung der BAGFW durch den federführenden Verband.

Seit 2017 obliegt die Federführung über die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. dem Deutschen Caritasverband. Im Rahmen der zweijährigen Federführung ist der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Prälat Dr. Peter Neher, Präsident der BAGFW.

Die Mitgliederversammlung ist das zentrale Entscheidungs- und Beschlussorgan. Sie bestimmt Ziele, Strategien und Politik der BAGFW-Arbeit. Mitglieder der BAGFW-Mitgliederversammlung 2017 waren:

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.
Wolfgang Stadler, Brigitte Döcker, Selvi Naidu

Deutscher Caritasverband e. V.
Prälat Dr. Peter Neher, Prof. Dr. Georg Cremer (bis 30.06.2017),
Eva Maria Welskop-Deffaa (seit 01.07.2017), Katrin Gerdsmeyer

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.
Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Dr. Ulrich Schneider, Werner Hesse

Deutsches Rotes Kreuz e. V.
Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg, Christian Reuter, Dr. Joß Steinke

Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Ulrich Lilie, Maria Loheide, Katja von Damaros

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.
Abraham Lehrer, Sarah Singer, Benjamin Bloch

Der Mitgliederversammlung arbeiten drei Kommissionen zu, unterhalb dieser konstituieren sich die Fachausschüsse.

Gremien der BAGFW 2017

Mitgliederversammlung Präsidium / BGB-Vorstand Präsident: Prälat Dr. Peter Neher, DCV Vizepräsident: Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Der Paritätische Vizepräsidentin: Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg, DRK		
Ausschuss „GlücksSpirale bei der BAGFW“ Vorsitz: Hans Jörg Millies, DCV <small>Koordinierung und Verwaltung der Förderanträge und -mittel</small>	Ausschuss „Qualitätsmanagement“ Vorsitz: Ullrich Wittenius, AWO <small>Querschnittsausschuss vorwiegend der Sozialkommission I zugeordnet</small>	Ausschuss „Europa“ Vorsitz: Anne Wagenführ-Leroy, DCV <small>Die Geschäftsstelle der BAGFW koordiniert die Vorhaben und die Beteiligung der Kommissionen</small>
Finanzkommission Vorsitz: Hans Jörg Millies, DCV Stellv.: Christian Reuter, DRK	Sozialkommission I Vorsitz: Brigitte Döcker, AWO Stellv.: Günter Jek, ZWST	Sozialkommission II Vorsitz: Maria Loheide, Diakonie Stellv.: Dr. Joachim Rock, Der Paritätische
Fachausschuss „Gemeinnützigkeit und Steuern“ Vorsitz: Lucia Gutmann, DCV	Fachausschuss „Altenhilfe“ Vorsitz: Nora Roßner, DCV	Fachausschuss „Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung“ Vorsitz: Claire Vogt, DCV
Fachausschuss „Wohlfahrtsmarken“ Vorsitz: Claus Helmert, Der Paritätische	Fachausschuss „Behindertenpolitik“ Vorsitz: Anja Alexandersson, DCV	Fachausschuss „Kinder, Jugend, Familie und Frauen“ Vorsitz: Liane Muth, DCV
Fachausschuss „Statistik“ Vorsitz: Dr. Wolfgang Schmitt, Diakonie	Fachausschuss „Gesundheitswesen“ Vorsitz: Renate Walter-Hamann, DCV	Fachausschuss „Migration und Integration“ Vorsitz: Dr. Andrea Schlenker, DCV
Fachausschuss „Vergaberecht“ Vorsitz: Dr. Friederike Mußnug, Diakonie	Arbeitsgruppe „Betreuungsrecht“ Vorsitz: Barbara Dannhäuser, SKM/DCV	Fachausschuss „Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste“ Vorsitz: Michael Bergmann, DCV
Arbeitsgruppe „Verwertungsgesellschaften“ Vorsitz: Reiner Sans, DCV		Arbeitsstab „Sozialmonitoring“ Vorsitz: Dr. Thomas Becker, DCV

Die Mitgliedschaft in den Gremien der BAGFW wird nicht vergütet und es werden keine Aufwandsentschädigungen bezahlt.



Mehr zur Arbeit der Fachausschüsse unter www.bagfw.de.

Stand: Dezember 2017

Gremienarbeit

Sozialkommission I

Vorsitz: Brigitte Döcker, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband

Die Sozialkommission I bearbeitet Themen aus den Bereichen Altenhilfe und Pflege, Behindertenhilfe, Gesundheitswesen und Themen der Betreuungsvereine. Der Ausschuss Qualitätsmanagement arbeitet fachübergreifend als Querschnittsausschuss in Zuordnung der Sozialkommission I.



In 2017 konnte das Pflegeberufereformgesetz nach langen Debatten auf den Weg gebracht werden. Die Verbände der BAGFW hatten sich für eine Reform der Pflegeausbildung eingesetzt und unterstützten das Gesetzgebungsvorhaben, welches die bisher getrennten Ausbildungen der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege zu einer gemeinsamen Pflegeausbildung zusammenführt. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege gehören mit ihren ca. 700 Pflegeschulen zu den maßgeblichen Trägern der Ausbildung in den Pflegeberufen. In § 56 Pflegeberufegesetz wurden BMG und BMFSFJ ermächtigt, Verordnungen über die Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege zu erlassen. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege waren aufgefordert, gemeinsam mit anderen Akteuren Vorschläge für Regelungsinhalte zu vereinbaren. In langwierigen Beratungs- und Abstimmungsprozessen konnten hier Vorschläge unterbreitet werden.



Das Jahr 2017 stand politisch ganz im Zeichen der Bundestagswahlen. Die Sozialkommission I sah es daher – ebenso wie andere Gremien der BAGFW – als eine ihrer Aufgaben an, im Zusammenspiel mit den Fachausschüssen politische Forderungen für die nächste Legislaturperiode zu formulieren. So wurden die Forderungspapiere der Fachausschüsse für die Arbeit in der neuen Legislaturperiode aktualisiert und mit den Wahlprogrammen der Parteien abgeglichen. Die aktualisierten Forderungspapiere sind für die politische Lobbyarbeit auf verschiedenen Ebenen nutzbar. Ziel war es, möglichst viele Punkte in das politische Handeln bzw. in einen Koalitionsvertrag aufnehmen zu lassen. Am Ende der Legislaturperiode stand aber auch eine Evaluation der Lobbyarbeit und der Aktivitäten der letzten Jahre auf der Agenda. So wurde die Arbeitsplanung nach der Bundestagswahl 2013 auch dahingehend überprüft, was in den vergangenen Jahren erreicht und bewirkt werden konnte.

Nach dem Inkrafttreten des BTHG mussten im Berichtsjahr zahlreiche Umsetzungsprozesse initiiert, begleitet und umgesetzt werden. Die Folgen des BTHG und die Auswirkungen auf die Träger und die Betroffenen sowie die Intensivierung der Arbeitsprozesse mit dem zuständigen BMAS werden auch in den nächsten Jahren einen Themenschwerpunkt bilden. Diese Themenstellungen wurden im zuständigen Fachausschuss im Detail bearbeitet und von der Sozialkommission I strategisch gesteuert.

Hinsichtlich der Verbesserung der Vergütungssätze für die Arbeit der Betreuungsvereine konnte in 2017 einiges erreicht werden; ein entsprechender Gesetzentwurf, der eine Erhöhung der Vergütungssätze vorsah, wurde vom Bundestag gebilligt, bisher aber im Bundesrat leider noch nicht behandelt. Die Sozialkommission I hat die Bemühungen der Arbeitsgruppe Betreuungsrecht, hier zu einer Verbesserung der Situation beizutragen, begleitet und unterstützt.

Die Sozialkommission I beschäftigte sich erneut schwerpunktmäßig mit den pflegepolitischen Vorhaben der Pflegestärkungsgesetze, so der Umsetzung des PSG II und PSG III mit all ihren Facetten. Auch die Analyse der Folgewirkungen der Pflegegesetze für die Menschen, z. B. der Umgang mit der Hilfe zur Pflege bei Menschen in stationären Einrichtungen unterhalb des Pflegegrades I, und für die praktische Arbeit der Einrichtungen und Dienste nahm sich die Sozialkommission I als Arbeitsauftrag. Die Vereinbarung für die neue Leistung Gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase konnte Ende 2017 abgeschlossen werden.

Prävention und Gesundheitsförderung sowie die Umsetzung des Präventionsgesetzes bildeten einen Arbeitsschwerpunkt im Berichtsjahr 2017. Der Dialog mit der BZgA mit dem Ziel, ein Projekt zur Entwicklung von Qualitätskriterien und -indikatoren für Gesundheitsförderung in Kitas auf den Weg zu bringen, wurde initiiert. Zudem ist es gelungen, einen kontinuierlichen Austausch mit dem GKV-Spitzenverband zu etablieren, um frühzeitig in den Dialog zu Vorhaben zur Umsetzung des Präventionsgesetzes zu kommen.

Die Implementierung eines in die Zukunft gerichteten Modells der Qualitätssicherung und die Etablierung des Qualitätsausschusses der Selbstverwaltung in der Pflege sind daher Themen, die die Arbeit der Sozialkommission I geprägt haben und auch weiterhin bestimmen werden.

Neben diesen inhaltlichen Themenschwerpunkten gehört es zu den regulären Aufgaben der Kommission, politische Gespräche vor- und nachzubereiten sowie Stellungnahmen und Positionen zu finalisieren. Insgesamt sind die Themen vielfältig – sie können an dieser Stelle nur exemplarisch benannt werden.

Zum 01.11.2017 ist die Verantwortung für das aus Bundes-, Landes- und Trägermitteln finanzierte Projekt zur Entbürokratisierung der Pflegedokumentation von der Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung auf die Trägerverbände der Pflege auf Bundesebene übergegangen. Die BAGFW, der bpa und die übrigen Trägerverbände werden zukünftig das Ein-STEP-System gemeinsam steuern. Die Sozialkommission I hat den Prozess der Überleitung intensiv begleitet.



Sozialkommission II

Vorsitz: Maria Loheide, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband

Die Sozialkommission bearbeitet in ihrer Zuständigkeit Themen aus den Feldern Kinder, Jugend, Familie und Frauen, Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung, Migration und Integration sowie Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste.

Auch wenn die Sozialkommission II thematisch eine Reihe von Zuständigkeiten hat, bildeten im Berichtsjahr solche aus dem Bereich Einwanderungsgesellschaft, interkulturelle Öffnung, Migration und Integration einen Schwerpunkt. Die Sozialkommission II hatte sich bereits in 2016 darauf verständigt, das Thema interkulturelle Öffnung/Orientierung der Verbände in einem breiten Ansatz als gesellschaftspolitisches und interdisziplinäres Thema intensiver zu diskutieren.

50 Migrantenorganisationen haben in einem Impulspapier Maßnahmen und Forderungen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft formuliert und dazu den breiten Dialog gesucht. Das Papier enthielt einige grundsätzliche Vorschläge zum Beispiel eine Grundgesetzänderung, aber auch ganz konkrete Ideen und Maßnahmen. Dazu suchten die Migrantenorganisationen den Schulterschluss mit den Wohlfahrtsverbänden und strebten gemeinsame Initiativen und Aktionen gegenüber Politik und Öffentlichkeit an. Im Rahmen einer Sozialkommission II-Sitzung fand ein Gespräch mit verantwortlichen Akteuren der Migrantenorganisationen statt, um Gemeinsamkeiten auszuloten und die weitere Zusammenarbeit zu besprechen. Um den Dialogprozess weiter voranzubringen, wird für 2018 ein gemeinsamer Fachtag geplant und am Thema interkulturelle Öffnung/Teilhabe gemeinsam weitergearbeitet.

Der Fachausschuss „Migration und Integration“ hat zudem – teilweise auf Initiative der Sozialkommission II – verschiedene Positionierungen zu grundsätzlichen Fragen, beispielsweise zur Asylberatung, oder der Beratung von EU-Ausländern/innen zum Thema Krankenversicherung vorbereitet. So ist es nach langen Beratungen gelungen, ein Eckpunktepapier zu einem Einwanderungsgesetz zu konsentieren.

Im Berichtsjahr befasste sich die Sozialkommission II weiterhin mit dem Reformprozess des SGB VIII, der vom BMFSFJ angestoßen worden war. Die BAGFW hat diesen Prozess konstruktiv begleitet, stand indes einigen Vorhaben des Ministeriums in diesem Kontext sehr kritisch gegenüber. Die BAGFW hatte sich immer für ein inklusiv ausgerichtetes SGB VIII ausgesprochen.

Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung
Erwartungen an die Bundespolitik in der 19. Legislaturperiode

Liebe Leserinnen und Leser, der rasche gesellschaftliche Wandel, in dem wir leben, ist unübersehbar. Wir erleben ihn in allen Bereichen unseres Lebens. Die politische Gestaltung unseres Landes stellt Fragen, die oft nicht mehr an einzelne Ressorts gebunden sind, sondern vorwiegend übergreifendes Denken, Entwerfen und Handeln erfordern – Gesellschaftspolitik im weiteren Sinne. Die bestehenden Gesetze und Regelungen z.B. in der Sozial- und Familienpolitik, in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik aber auch in der Gesundheits- und Engagementpolitik sind auf ihre Tauglichkeit zu prüfen, ob sie dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Ermöglichung von Selbstbestimmung und Teilhabe und der Sicherung von Freiheit dienen. Sie sind entsprechend weiterzuentwickeln.

Wenn es gesellschaftspolitische Fragen zu beantworten gilt, macht es Sinn, Träger der Zivilgesellschaft einzubeziehen. Die freie Wohlfahrtspflege stellt sich ihrer Verantwortung und unterstützt mit diesen Forderungspapieren Vorschläge und Ideen zu wichtigen Fragen des sozialen Lebens in Deutschland, die wir Ihnen hiermit an die Hand geben. Wir bitten Sie in Ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich um Verbreitung und Unterstützung dieser Forderungen.

Und so hoffen wir, dass viele der folgenden Punkte in politischen Handlungsvorfällen, in Partei-, Wahl- und schließlich Regierungsgremien.

Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen.
Dr. Gerhard Timm
Geschäftsführer der BAGFW

Öffentlich geförderte Beschäftigung stärken
Sprach- und Arbeitsförderung für alle Asylbewerber:innen
Existenzminimum: Regelbedarf muss bedarfsgerecht werden
Soziale Teilhabe als Ziel im SGB II verankern

Im Wahljahr befasste sich die Sozialkommission II naturgemäß im hohen Maße mit den eigenen Schwerpunktthemen in einer neuen Legislaturperiode und mit der Formulierung von BAGFW-Forderungspapieren für die nächste Legislaturperiode. Die Forderungspapiere der Fachausschüsse für die künftige politische Arbeit wurden aktualisiert und mit den Wahlprogrammen der Parteien abgeglichen. Möglichst viele Forderungen sollten in einem Koalitionsvertrag Aufnahme und Berücksichtigung finden. Zum Ende der Legislaturperiode fanden aber auch noch zahlreiche politische Gespräche statt, die es intensiv vor- und nachzubereiten galt. Dabei nahmen traditionell Gespräche mit der Bundesagentur für Arbeit, hier mit dem neuen Vorsitzenden des Vorstands, Herrn Scheele, oder mit der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Frau Özoguz, breiten Raum ein.

Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Sozialkommission I informierte sich die Sozialkommission II über die Auswirkungen eines Urteils auf Einrichtungen der sozialen Arbeit in Wohngebieten. Inhaltlich waren die Auswirkungen auf die verschiedenen Träger und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in reinen Wohngebieten zu beleuchten, die sich aus dem rein baurechtlichen Urteil ergeben könnten. Dieses Urteil wurde als wenig zielführend für die modernen Konzepte gewertet, findet Inklusion und soziale Arbeit im Sozialraum doch gerade in Wohngebieten statt.

Neben diesen Themen wurden auch weitere fachübergreifende Fragen in einer gemeinsamen Sitzung von Sozialkommission I und Sozialkommission II diskutiert, wie Digitalisierung, europäische Fragestellungen, der 7. Altenbericht im Kontext zum 2. Engagementbericht und den jeweiligen Schnittstellen, dem Sozialmonitoringprozess und weiteren Themen. Diese positive Zusammenarbeit soll auch im nächsten Jahr durch regelmäßige gemeinsame Sitzungen fortgeführt werden.

Zu den Aufgaben der Kommission gehören traditionell auch die Finalisierung von Stellungnahmen und Positionen aus den Fachausschüssen zu allen Themenfeldern im Zuständigkeitsbereich der Sozialkommission II und die Begleitung der dort angestoßenen Prozesse. Details zu diesen Inhalten sind den jeweiligen Berichten der Fachausschüsse zu entnehmen.

Bürgerschaftliches Engagement
Erwartungen an die Bundespolitik in der 19. Legislaturperiode

Liebe Leserinnen und Leser, der rasche gesellschaftliche Wandel, in dem wir leben, ist unübersehbar. Wir erleben ihn in allen Bereichen unseres Lebens. Die politische Gestaltung unseres Landes stellt Fragen, die oft nicht mehr an einzelne Ressorts gebunden sind, sondern vorwiegend übergreifendes Denken, Entwerfen und Handeln erfordern – Gesellschaftspolitik im weiteren Sinne. Die bestehenden Gesetze und Regelungen z.B. in der Sozial- und Familienpolitik, in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik aber auch in der Gesundheits- und Engagementpolitik sind auf ihre Tauglichkeit zu prüfen, ob sie dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Ermöglichung von Selbstbestimmung und Teilhabe und der Sicherung von Freiheit dienen. Sie sind entsprechend weiterzuentwickeln.

Wenn es gesellschaftspolitische Fragen zu beantworten gilt, macht es Sinn, Träger der Zivilgesellschaft einzubeziehen. Die freie Wohlfahrtspflege stellt sich ihrer Verantwortung und unterstützt mit diesen Forderungspapieren Vorschläge und Ideen zu wichtigen Fragen des sozialen Lebens in Deutschland, die wir Ihnen hiermit an die Hand geben. Wir bitten Sie in Ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich um Verbreitung und Unterstützung dieser Forderungen.

Und so hoffen wir, dass viele der folgenden Punkte in politischen Handlungsvorfällen, in Partei-, Wahl- und schließlich Regierungsgremien.

Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen.
Dr. Gerhard Timm
Geschäftsführer der BAGFW

Verstärkung aktueller Engagementstrategien nötig
Soziale Ungleichheit als Hinderungsgrund bei Engagement durchbrechen
Engagement darf nicht an staatlichem Regelwerk scheitern

Kinder, Jugend, Familie und Frauen
Erwartungen an die Bundespolitik in der 19. Legislaturperiode

Liebe Leserinnen und Leser, der rasche gesellschaftliche Wandel, in dem wir leben, ist unübersehbar. Wir erleben ihn in allen Bereichen unseres Lebens. Die politische Gestaltung unseres Landes stellt Fragen, die oft nicht mehr an einzelne Ressorts gebunden sind, sondern vorwiegend übergreifendes Denken, Entwerfen und Handeln erfordern – Gesellschaftspolitik im weiteren Sinne. Die bestehenden Gesetze und Regelungen z.B. in der Sozial- und Familienpolitik, in der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik aber auch in der Gesundheits- und Engagementpolitik sind auf ihre Tauglichkeit zu prüfen, ob sie dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Ermöglichung von Selbstbestimmung und Teilhabe und der Sicherung von Freiheit dienen. Sie sind entsprechend weiterzuentwickeln.

Wenn es gesellschaftspolitische Fragen zu beantworten gilt, macht es Sinn, Träger der Zivilgesellschaft einzubeziehen. Die freie Wohlfahrtspflege stellt sich ihrer Verantwortung und unterstützt mit diesen Forderungspapieren Vorschläge und Ideen zu wichtigen Fragen des sozialen Lebens in Deutschland, die wir Ihnen hiermit an die Hand geben. Wir bitten Sie in Ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich um Verbreitung und Unterstützung dieser Forderungen.

Und so hoffen wir, dass viele der folgenden Punkte in politischen Handlungsvorfällen, in Partei-, Wahl- und schließlich Regierungsgremien.

Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen.
Dr. Gerhard Timm
Geschäftsführer der BAGFW

Kinder- und Jugendhilfe muss inklusiv werden
Carezeit für alle
Anspruch auf Schutz und Hilfe bei Gewalt für betroffene Frauen und deren Kinder gesetzlich sichern

Finanzkommission

Vorsitz: Hans Jörg Millies, Deutscher Caritasverband

In der Finanzkommission beraten Expertinnen und Experten aller sechs Wohlfahrtsverbände über Themen mit wirtschaftlicher Relevanz für die Sozialwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeit der Finanzkommission wird unterstützt durch die Fachausschüsse „Gemeinnützigkeit und Steuern“, „Wohlfahrtsmarken“, „Statistik“ und „Vergaberecht“. In diesen werden Spezialthemen zusammen mit weiteren Fachleuten der Verbände bearbeitet und in die Sitzungen der Finanzkommission eingebracht.

Zu den regulären, alljährlichen Aufgaben der Finanzkommission zählen die Beratungen von Budget- und mittelfristiger Finanzplanung sowie des Jahresabschlusses der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. Bei der Budgetplanung gilt es, bei konstanten und somit real rückläufigen Mitgliedsbeiträgen die Aufgaben der BAGFW zu finanzieren. Zudem sind inhaltliche Schwerpunktsetzungen und Projekte zu ermöglichen. Fester Bestandteil der Arbeit der Finanzkommission ist zudem die quartalsweise Befassung mit der Plan-Ist-Analyse des Budgets sowie die Diskussion der Risikoentwicklung. Im Rahmen der Modernisierung der Finanzberichterstattung wurde die Analyse grundlegend überarbeitet, um den Informationsgehalt des Reportings zu verbessern.

Weiterhin waren auch in der Finanzkommission die fortbestehenden Herausforderungen und Aufwendungen zur Aufnahme und Integration von Menschen auf der Flucht zentrales Thema. Auf Initiative der Finanzkommission haben die Wohlfahrtsverbände eine Auswertung der in diesem Zusammenhang bislang erbrachten zusätzlichen Leistungen erstellt und ergänzend analysiert wo sie weiterhin dringenden Handlungsbedarf sehen.

Mit Unterstützung der Geschäftsstelle der BAGFW konnte eine Verstärkung der finanziellen Förderung für diese bedeutenden Aufgaben durch den Bund auch für 2018 erreicht werden.

Darüber hinaus konnten in ersten Gesprächen mit dem BMFSFJ Schwerpunktthemen zur Förderung der Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege im Rahmen der Umsetzung der Digitalen Agenda des Bundes erarbeitet werden. Zudem gelang es mit den zuständigen Bundesministerien eine Vereinbarung über die Fortführung des erfolgreich agierenden Revolving-Fonds, der Darlehen zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen ermöglicht, zu erreichen.

Von besonderer Bedeutung war die Einbindung der Finanzkommission in zwei weitreichende Prozesse der Reorganisation der BAGFW, die 2017 angestoßen wurden und mittelfristig angelegt sind. Hierzu gehören die Reform der bundeszentral ausgerichteten verbandsübergreifenden Finanzierungsschlüssel und die Perspektivendebatte zur zukünftigen Struktur und Ausrichtung der Arbeit der Geschäftsstelle.

Schließlich brachten die Mitglieder der Finanzkommission auch im Jahr 2017 ihre Kompetenz zu Fragen der Wirkungsorientierung in der Sozialwirtschaft und zur Umsetzung von Transparenzanforderungen durch Einrichtungen der Wohlfahrtspflege in die Beratungen und Entwicklung von Positionen ein.



Übergabe der Wohlfahrtsmarken durch Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble im Schloss Bellevue
Foto: Jule Roehrl/BAGFW



Bundesfinanzminister Peter Altmaier und Kardinal Woelki präsentieren die Weihnachtsmarke 2017 im Kölner Dom
Foto: Monika Nonnenmacher/BAGFW

Geschäftsstelle

Servicestelle der Freien Wohlfahrtspflege

Zu den Kernaufgaben der BAGFW-Geschäftsstelle gehören unter anderem die Beratung der Mitgliederversammlung und der ihr zuarbeitenden Gremien, die Koordination und Unterstützung der Facharbeit, die Organisation von politischen Gesprächen auf Bundesebene, die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, die Verwaltung der Fonds, Stiftungen, Lotteriemittel und des Sozialwerkes Wohlfahrtsmarken sowie die Darstellung und Kommunikation der Anliegen der Freien Wohlfahrtspflege in der Öffentlichkeit. Es werden Parlamentarische Abende und Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages organisiert, Fachtagungen, Stellungnahmen und Publikationen präsentiert. Die BAGFW unterhält neben der Geschäftsstelle in Berlin eine EU-Vertretung in Brüssel und die Abteilung Wohlfahrtsmarken mit Standort Köln.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und der sechs Spitzenverbände ist seit 2009 eine Regiestelle zur Umsetzung des Partnerschaftsprogrammes „rückenwind+“ bei der BAGFW angesiedelt. Hier waren 2017 drei Mitarbeitende beschäftigt. In der Geschäftsstelle der BAGFW waren 2017 insgesamt teilweise bis zu 19 Mitarbeitende beschäftigt.

Die BAGFW ist durch ihren Geschäftsführer in mehreren Gremien und Beiräten vertreten: Unter anderem Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen, startsocial, Wege ins Netz, Kongress der Sozialwirtschaft, ConSozial, Hamburger Tage des Stiftungs- und Non-Profit-Rechts



Organigramm 2017

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.
 Präsident: Prälat Dr. Peter Neher
 Vizepräsident/-in: Prof. Dr. Rolf Rosenbrock (Der Paritätische) und Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg (DRK)

Geschäftsstelle
 Geschäftsführer: Dr. Gerhard Timm
 stellv. Geschäftsführerin: Sabina Bombien-Theilmann
 Assistent der Geschäftsführung: Lutz Reich
 Sekretariat: Regina Klug



ESF-Regiestelle	Koordination der Gremienarbeit	Finanzreferat und Innerbetriebliche Organisation	Referat für Öffentlichkeitsarbeit	Referat für Grundsatzfragen
Leiterin: Bettina Wegner Referentin: Sarah Gutscher Sachbearbeitung: Daniela Zedel	Referentin: Sabina Bombien-Theilmann	Referentin: Monika Archangelskij, Jürgen Uelze-Adams (als Elternzeitvertretung seit März 2017) Sachbearbeitung: Therese Blechen-Karst, Joanna Kedziora-Kaniuczok	Referentin: Katrin Goßens Sachbearbeitung: Britt Kutscha	Referent: Peter Friedrich Sachbearbeitung: Stefanie Schlieter

Abteilung Wohlfahrtsmarken Köln	EU-Vertretung Brüssel
Leiterin: Sigrid Forster Sachbearbeitung: Annette Mauermann, Anja Böhme	Leiter: Malte Lindenthal

Referat für Grundsatzfragen

In Abstimmung mit den Gremien und der Geschäftsführung der BAGFW hat sich das Referat für Grundsatzfragen mit Querschnittsthemen befasst, die für die Freie Wohlfahrtspflege strategisch besonders bedeutsam sind. Hierzu zählen die Digitalisierung im sozialen Kontext und die Wirkungsorientierung in der Sozialen Arbeit. Darüber hinaus hat das Referat die Übernahme und Fortführung des EinSTEP-Projekts koordiniert, die Arbeit der BAGFW-Gremien sowie der Geschäftsstelle unterstützt und koordinierend das Bündnis für Gemeinnützigkeit (www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org) – als größten Zusammenschluss der organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland – begleitet.

Digitalisierung im Sozialen

Das Referat hat 2017 den Fachaustausch BAGFW-intern und mit Partnern der Freien Wohlfahrtspflege zur Digitalisierung des Sozialen fortgeführt und intensiviert. Dieses umfasst die Begleitung der strategischen Partnerschaft der Spitzenverbände mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), den Fachaustausch mit dem Fachverband Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung (FINSOZ) sowie verschiedene Diskussionsformate. Im Fokus standen Entwicklungstrends sowie Konsequenzen für die Angebote und Leistungen der Wohlfahrtsverbände und ihrer Untergliederungen.

In diesem Kontext war das Referat für Grundsatzfragen neben anderen Veranstaltungen in die Konzeption und Durchführung der interdisziplinären Fachveranstaltung „Sozialraum Digital – Chancen und Herausforderungen für ein Miteinander im digitalen Zeitalter“ (am 19. Juni) in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), dem Bundesverband Gesundheits-IT – bvitg e. V. und den Innovation Health Partners (IHP) eingebunden.

Weiter hat es am 02. März einen BAGFW-internen Workshop „Digitalisierung in der Freien Wohlfahrtspflege – eine aktuelle Vermessung“ durchgeführt. Ziel des Workshops war es, sowohl die Universalität des Themas als auch die punktuellen Arbeitsbereichsspezifika zu diskutieren. Der Workshop hat die grundlegende Relevanz des Themas sowie die bestehenden Herausforderungen für die Freie Wohlfahrtspflege verdeutlicht.

Wirkungsorientierung in der Sozialen Arbeit

In enger Zusammenarbeit mit den Gremien der BAGFW wurde die Fachdebatte zur Wirkungsorientierung fortgeführt. Hierzu zählen die regelmäßigen Fachgespräche mit dem BMFSFJ, die inhaltliche Weiterarbeit in enger Zusammenarbeit mit dem Ausschuss Qualitätsmanagement sowie verschiedene öffentliche Fachveranstaltungen, an denen der Referent für Grundsatzfragen als Inputgeber angefragt war.

EinSTEP – Entbürokratisierung der Pflegedokumentation

Zum 1. November 2017 ist die Verantwortung für das aus Bundes-, Landes- und Mitteln der Trägerverbände finanzierte Projekt zur Entbürokratisierung der Pflegedokumentation (www.ein-step.de) von der Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung auf die Trägerverbände der Pflege auf Bundesebene übergegangen. Die BAGFW hat damit für ein Jahr die Projektkoordination übernommen und damit die technische wie auch inhaltliche Übergabe realisiert. Das Referat Grundsatzfragen hat die Übernahme des Projektes und die Koordination sowie Umsetzung der weiteren damit verbundenen Arbeit übernommen.

EU-Vertretung Brüssel

Für ein soziales Europa

Die Weiterentwicklung des sozialen Europas stand im Vordergrund des politischen Jahres 2017. Im März stellten DGB und BAGFW ein gemeinsames Positionspapier zur Armutsbekämpfung in Deutschland und Europa im Rahmen einer Veranstaltung in Brüssel vor. Beide Verbände kritisieren den europaweiten Anstieg der Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen und fordern ein Festhalten an den EU-Armutzielen im Rahmen der Europa-2020-Strategie.

Die Europäische Säule sozialer Rechte kann einen positiven Beitrag zur Armutsbekämpfung in Europa leisten. Sie wurde im November 2017 feierlich auf dem EU-Sozialgipfel in Göteborg proklamiert und beinhaltet 20 Grundsätze, wie z. B. den Zugang zu essenziellen Dienstleistungen, das Recht auf rechtzeitige, hochwertige und bezahlbare Gesundheitsvorsorge, das Recht auf angemessene Mindesteinkommensleistungen und auf aktivierende Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Die Säule wurde von der BAGFW ausdrücklich begrüßt. Allerdings liegt die konkrete Umsetzung in der Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten.

Im Mai 2017 gewann Emmanuel Macron in einer Stichwahl gegen Marine Le Pen die französischen Präsidentschaftswahlen. Mit seiner Wahl sind Hoffnungen an eine Wiederbelebung des deutsch-französischen Integrationsmotors in Europa verbunden. Präsident Macron legte zeitnah eine Vielzahl an Ideen zur Weiterentwicklung der EU vor. Die Bundesregierung wird sich hierzu positionieren müssen.

Zur dringend notwendigen Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems konnte in 2017 leider keine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten erzielt werden. BAGFW-Präsident Dr. Neher führte im Dezember 2017 hochrangige Gespräche zur EU-Migrationspolitik mit der EU-Kommission und verschiedenen Europaabgeordneten in Brüssel. Wie EU-Fördermittel noch besser für die Integration von Migrantinnen und Migranten genutzt werden können, war das Thema einer gemeinsamen Veranstaltung von den baden-württembergischen Kommunen, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und der BAGFW im Oktober 2017.

Das Jahr 2018 wird entscheidend für die Zukunft der EU-Fördermittelpolitik sein. Auch zu einem sozialen und inklusiven EU-Haushalt nach 2020 führte der BAGFW-Präsident im Dezember hochrangige Gespräche in Brüssel, u. a. mit Haushaltskommissar Günther Oettinger. Im Mai 2018 will die EU-Kommission ihren Vorschlag für den neuen siebenjährigen EU-Finanzrahmen veröffentlichen. Bis Ende Mai 2018 sollen außerdem die Kommissionsvorschläge für die Rechtstexte für alle EU-Förderprogramme vorliegen. Ziel ist es, dass der zukünftige EU-Haushalt inklusive aller Förderprogramme noch vor den Europawahlen im Mai 2019 vom Europäischen Parlament und vom Rat der EU verabschiedet wird. Dieser Zeitrahmen ist aus Sicht der BAGFW sehr ambitioniert, aber dringend nötig, um sowohl den hilfebedürftigen Menschen als auch den Projektmitarbeitern/innen eine Förderlücke zu Beginn der neuen EU-Förderperiode zu ersparen.



„Armutsbekämpfung zum Kernthema machen!“, Veranstaltung von DGB und BAGFW



Veranstaltung von den baden-württembergischen Kommunen, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und der BAGFW zu EU-Fördermitteln und der Integration von Migrantinnen und Migranten

Abteilung Wohlfahrtsmarken

„Die Bremer Stadtmusikanten“ auf Wohlfahrtsmarken:
Beispiel für Solidarität und Integration

„Die Bremer Stadtmusikanten“ auf den Briefmarken „Für die Wohlfahrtspflege“ – eine bemerkenswerte Kombination einer guten Idee und deren Umsetzung. Treffen doch in dem berühmten Märchen der Brüder Grimm vier Individuen aufeinander, die am Rande der Gesellschaft stehen: alt, gebrechlich, nicht mehr gebraucht, ausgemustert, von anderen und sich selbst aufgegeben. Doch dann geschieht etwas Märchenhaftes: Sie schließen Freundschaft, zeigen gemeinsam Stärke und Kampfgeist und finden so eine neue Lebensperspektive. Die daraus entstandene „Senioren-WG“ sei ein gutes Beispiel der Solidarität und Integration für Menschen in besonderen Lebenslagen, die der Hilfe bedürfen – so BAGFW-Präsident Dr. Peter Neher anlässlich der Präsentation der Wohlfahrtsmarken am 30. Januar 2017 in Schloss Bellevue in Berlin. Bundespräsident Joachim Gauck war sichtlich angetan von den gelungenen Motiven und versprach Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und dem BAGFW-Präsidenten, diese Marken für seine Enkel zu kaufen.

Der Bundespräsident brachte seinen Dank und seine Wertschätzung für die zahlreichen ehrenamtlich Tätigen in den Wohlfahrtsverbänden zum Ausdruck, auf die unsere Gesellschaft nicht verzichten kann. Stellvertretend lud er ca. 30 Vertreter zu seinem Bürgerfest ins Schloss Bellevue ein. Die Abteilung Wohlfahrtsmarken hat sich dafür eingesetzt, diese Veranstaltung für die geladenen Gäste zu einem unvergesslichen Erlebnis zu gestalten.

Im Partnerzelt auf dem Festgelände konnten sich alle Besucher über das Sozialwerk und daraus geförderte Projekte informieren. Starken Zuspruch erfuhr die Aktion, mit – von der Deutschen Post zur Verfügung gestellten – Wohlfahrtsmarken frankierte Grüße an Freunde und Familie im In- und Ausland zu senden.

Im Hohen Dom zu Köln haben Bundesminister Peter Altmaier und Rainer Maria Kardinal Woelki am 29. November die Weihnachtsmarke vorgestellt. Vor dem von Stefan Lochner geschaffenen Dreikönigsaltar, dem das Motiv der Marke entstammt, hob Kardinal Woelki die doppelte Wirkung der Weihnachtsmarke hervor: Zum einen unterstütze sie mit dem Erlös soziale Projekte der Wohlfahrtsverbände, zum anderen trage sie die Weihnachtsbotschaft in die Welt. Altmaier sagte, an Weihnachten werde immer auch an die Menschen gedacht, die es besonders schwer haben. Die Weihnachtsmarke bringe dies zum Ausdruck und trage durch das „Plus“ dazu bei, dass diese Menschen Hilfen erfahren.

Ganzjährig hat die Abteilung Wohlfahrtsmarken in den unterschiedlichsten Medien über das „Porto mit Herz“ informiert: auf der Homepage unter www.wohlfahrtsmarken.de, über Facebook, mittels eines TV-Spots unter dem Motto „Zeig was du drauf hast!“, durch Print-Anzeigen in philatelistischen Zeitschriften, auf dem Kinder- und Jugendhilfetag in Düsseldorf sowie der Internationalen Briefmarkenbörse in Sindelfingen. Unterstützt wurde sie dabei durch die Deutsche Post. Je ein Kundenmailing zu Ostern und Weihnachten sowie eine bundesweite Anzeigenschaltung in auflagenstarken Publikumszeitschriften mit dem Motiv der Weihnachtsmarke haben hohe Aufmerksamkeit erzielt.



Präsentation der Wohlfahrtsmarken auf dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (v.l.n.r. Dr. Gerhard Timm, Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im BMFSFJ, Sigrid Forster, Leiterin der Abt. Wohlfahrtsmarken der BAGFW)



Kartengrüße mit Wohlfahrtsmarken vom Bürgerfest des Bundespräsidenten



Referat Öffentlichkeitsarbeit

In Verantwortung bzw. unter Mitwirkung des Referates Öffentlichkeitsarbeit wurden Serviceaufgaben für die in der BAGFW arbeitenden Gremien übernommen. Das Referat Öffentlichkeitsarbeit war aktiv in die Planung, Organisation und Umsetzung verschiedener Veranstaltungen einbezogen. Hier wurde überwiegend das in der BAGFW-Webseite integrierte Anmeldeverfahren mit und ohne automatisierte Rechnungslegung genutzt. Daraus folgt auch die Umsetzung der Teilnehmerkommunikation und das komplette Tagungsbüro inkl. vor Ort. Außerdem wurde die CD-linientreue Darstellung der BAGFW in den Veranstaltungen über verschiedene Elemente sichergestellt. Pressearbeit und das Erstellen von Online-Dokumentationen auf der Webseite der BAGFW gehören vielfach zur Tagungsunterstützung. Im Auftrag des Fachausschusses Altenhilfe wurde eine Schulungsreihe zum Ein-STEP-Strukturmodell der Pflegedokumentation organisatorisch konzipiert und umgesetzt. Diese Reihe wird 2018 fortgesetzt.

16. Februar 2017

Tagung „Migrationsgesellschaft durch soziale Arbeit gestalten“

19. Juni 2017

Sozialraum Digital – Chancen und Herausforderungen für ein Miteinander im digitalen Zeitalter

18. Oktober 2017

BAGFW-Fachtagung: „Kompetenzzentrum Betreuungsverein – Aufbruch, Umbruch oder Abbruch?“

9. und 10. Oktober / 20. und 21. November 2017

„So wirkt Ehrenamt!“ – Konferenzen und Workshops zum Engagement für und mit Geflüchteten in Frankfurt/Main und Lutherstadt Wittenberg

1. und 2. November / 6. und 7. November 2017

Multiplikatorenschulungen zum Ein-STEP-Strukturmodell in Berlin und Frankfurt/Main

22. November 2017

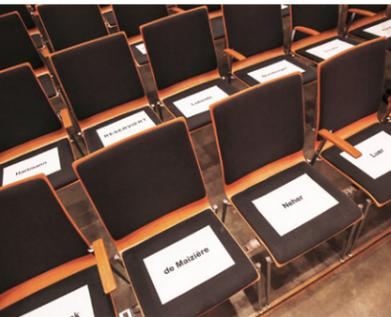
BAGFW-Politikforum/Verleihung des Deutschen Sozialpreises

Um den Nutzern der BAGFW-Webseite den Umgang mit den Informationen weiter zu erleichtern, wurden Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Dokumentationen und Publikationen mit den jeweiligen Gremien nun auch thematisch verknüpft. Es wurde mehrfach auch Bewegtbild zur Themenkommunikation eingesetzt. Der youtube-Kanal wurde aktiviert.

Im Verlauf des Jahres wurden 15 Pressemitteilungen veröffentlicht, die sich sowohl spezifischen Themen einzelner Fachgremien annahmen als auch die Position der Freien Wohlfahrtspflege in den öffentlichen Diskussionen erklärten. Darüber hinaus gab es zahlreiche Presseanfragen, die durch Interviews mit dem BAGFW-Präsidenten bzw. der BAGFW-Geschäftsführung ihre Antwort fanden. Die Tagung zur MBE sowie der Altenpflege Zukunftstag des Vincentz Verlages wurden auch presseseitig begleitet.

Im Auftrag des FA Altenhilfe nahm die Referentin für Öffentlichkeitsarbeit den BAGFW-Sitz in der Unterarbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit der Allianz für Menschen mit Demenz wahr.

Einen weiteren Schwerpunkt stellte die Arbeit im Projekt Deutscher Sozialpreis dar. Die Ausschreibung, Planung und Umsetzung der Juryarbeit sowie die Verleihung des Preises nahmen breiten Raum ein. Zur Weiterentwicklung des Preises wurde die neue Sparte Online erstmalig ausgeschrieben. Mehr Informationen: s. Seite 8/9



ESF-Regiestelle für rückenwind+

Förderprogramm zur Fachkräftesicherung in der Sozialwirtschaft in 2017 weiter aufgestockt

Die bei der BAGFW eingerichtete ESF-Regiestelle koordiniert im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege die Umsetzung des ESF-Programms „rückenwind – Für die Beschäftigten und Unternehmen in der Sozialwirtschaft“ (rückenwind+). Vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels in sozialen Berufen arbeiten in diesem Programm BAGFW und BMAS eng bei der Entwicklung, Umsetzung, Begleitung und Auswertung des Förderprogramms zusammen – etwa im Rahmen einer paritätisch besetzten Steuerungsgruppe, die über die eingereichten Projektkonzeptionen entscheidet.

Ziel des Partnerschaftsprogramms ist die Verbesserung der Anpassungs- und Beschäftigungsfähigkeit der Beschäftigten in der Sozialwirtschaft in Verbindung mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Organisationsstrukturen in den sozialen Einrichtungen und Verbänden. Bundesweit 71 rückenwind+-Projekte aus insgesamt drei Förderrunden erproben hierzu aktuell in unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Sozialwirtschaft Ansätze zur Personalgewinnung und Personalbindung. Dazu gehören unter anderem: die Schaffung gesundheitsfördernder Arbeitsbedingungen, die Entwicklung lebensphasenorientierter Arbeits(zeit)modelle, die Verbesserung von Führungs- und Unternehmenskultur sowie die Förderung der Inklusions- und Innovationsfähigkeit von Organisationen und Unternehmen der gemeinnützigen Sozialwirtschaft.

2017 stellte das BMAS zusätzlich zum bisherigen Programmetat von 30 Millionen Euro ESF-Mitteln weitere sieben Millionen Euro ESF-Mittel für einen vierten Förderaufruf zur Verfügung. Die Gelder waren an die inhaltliche Schwerpunktsetzung „Arbeit 4.0 – Personal- und Organisationsentwicklung vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung“ gebunden und konnten ausschließlich für Projektvorhaben in den ostdeutschen Bundesländern und der Region Lüneburg verwandt werden. Insgesamt 17 Projekte wurden Ende 2017 von der Steuerungsgruppe des Programms zur Förderung vorgeschlagen und befinden sich derzeit in der Hauptantragstellung.

Neben der Umsetzung der vierten Förderrunde sowie der Prüfung und Vorbereitung der eingereichten Konzepte zur Votierung durch die Steuerungsgruppe, legte die ESF-Regiestelle ihren Arbeitsschwerpunkt in 2017 auf die Durchführung von Aktivitäten im Bereich Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Ergebnistransfer.

Im Mittelpunkt stand hier die erste Transfertagung, zu der am 8. Juni 2017 rund 130 Gäste aus dem ganzen Bundesgebiet in die Hessische Landesvertretung in Berlin kamen. Unter dem Titel „Veränderungsprozesse aktiv gestalten! – Personal- und Organisationsentwicklung in sozialen Organisationen und Unternehmen“ diskutierten die Teilnehmenden Instrumente und Verfahrensweisen der Personalentwicklung sowie Hindernisse und Erfolgsfaktoren für eine nachhaltige Organisationsentwicklung.

Parallel organisierte die ESF-Regiestelle in 2017 fünf Workshops für die Träger der bewilligten Projekte zu den Themenschwerpunkten (Selbst-)Evaluation und Öffentlichkeitsarbeit in rückenwind+-Projekten sowie Nachwuchskräfteentwicklung.

Im Rahmen der programmbezogenen Öffentlichkeitsarbeit wurde die Programmwebsite auch 2017 weiter ausgebaut. Neben Hintergrundinformationen zum Förderprogramm finden sich hier Informationen zu allen rückenwind+-Projekten sowie zahlreiche Aktualmeldungen aus der Umsetzungspraxis der geförderten Träger.

Nähere Informationen zum Programm rückenwind+ und zur Arbeit der ESF-Regiestelle unter www.bagfw-esf.de.



EUROPÄISCHE UNION

Zusammen.
Zukunft.
Gestalten.



Transfertagung 'rückenwind' 2017, Foto oben: Wolfgang Husemann, Leiter der Gruppe „Europäische Fonds für Beschäftigung“, Bundesministerium für Arbeit und Soziales



Finanzen 2016

Mit der detaillierten Kontrolle der finanziellen Seite der Arbeit der Geschäftsstelle hat die Mitgliederversammlung die Finanzkommission beauftragt. Die Geschäftsstelle berichtet gegenüber der Finanzkommission regelmäßig über die Einhaltung des Budgets des laufenden Jahres, den Jahresabschluss des Vorjahres und die finanziellen Planungen für das Folgejahr sowie weitere finanzrelevante Themen.

Die BAGFW gliedert ihr Rechenwerk in die Bereiche Geschäftsstelle Berlin zusammen mit dem EU-Büro und die Abteilung Wohlfahrtsmarken, die im folgenden Abschnitt separat dargestellt werden.

Geschäftsstelle Berlin und EU-Büro Brüssel

Um die Arbeit der Geschäftsstelle zu ermöglichen, sind im Jahr 2016 in den folgenden Bereichen Aufwendungen entstanden:

Aufwendungen

1. Personalaufwand der Geschäftsstelle in Berlin und des EU-Büros in Brüssel	1.058.000 €
2. Aufwand für Sachkosten der Geschäftsstelle und Aufwendungen zur Durchführung von Projekten	706.000 €
3. Sonstige Aufwendungen	123.000 €
Summe der Aufwendungen	1.887.000 €

Die Geschäftsstelle in Berlin und das EU-Büro in Brüssel finanzierten sich 2016 im Wesentlichen durch 4 Ertragsquellen:

Erträge

1. Mitgliedsbeiträge der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege	774.000 €
2. Zuschüsse und Zuwendungen zu laufenden Aufwendungen und Projekten (Lotterie „GlücksSpirale“, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. u. a.)	592.000 €
3. Erträge aus Finanzanlagen, Zinsen und ähnliche Erträge	271.000 €
4. Sonstige Erträge	137.000 €
Summe der Erträge	1.774.000 €

Die Geschäftsstelle schloss das Geschäftsjahr mit einem Fehlbetrag von 113.000 Euro ab. Der Fehlbetrag wurde aus den Rücklagen finanziert.

Abteilung Wohlfahrtsmarken

Im Jahr 2016 sind folgende Aufwendungen in der Wohlfahrtsmarkenabteilung entstanden:

Aufwendungen

1. Personalaufwand	127.000 €
2. Materialaufwand	14.342.000 €
3. Zuweisungen an Verbände aus Zuschlagserlösen	1.546.000 €
4. Sonstige Sachaufwendungen	208.000 €
Summe der Aufwendungen	16.223.000 €

Bei dem Materialaufwand handelt sich vor allem um den Wareneinkauf der Wohlfahrtsmarken. Die sonstigen Sachaufwendungen beinhalten unter anderem die Aufwendungen für Maßnahmen zur gemeinsamen Bewerbung der Wohlfahrtsmarken in der Öffentlichkeit durch die Spitzenverbände.

Die Wohlfahrtsmarkenabteilung in Köln finanzierte sich 2016 wie folgt:

Erträge

1. Verkauf von Wohlfahrtsmarken/Sonderprodukten	14.352.000 €
2. Sonstige Erträge (u. a. Zuschlagserlöse aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken durch die Deutsche Post AG)	1.868.000 €
Summe der Erträge	16.220.000 €

Die Wohlfahrtsmarkenabteilung schloss das Geschäftsjahr 2016 mit einem Fehlbetrag von 3.000 Euro ab. Der Fehlbetrag wurde aus den Rücklagen finanziert.

Weiterleitung von Mitteln zur Durchführung sozialer Projekte

Aus den Zuschlagserlösen aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken durch die Deutsche Post AG wurden 2016 von der Geschäftsstelle 1.546 TEuro an die angeschlossenen Spitzenverbände weitergeleitet.

In ihrer Funktion als Destinatär der Lotterie „GlücksSpirale“ bewilligte die BAGFW im Jahr 2017 an ihre Mitgliedsverbände Mittel aus der GlücksSpirale in Höhe von 19.020 TEuro. Die Mittel wurden unverzüglich an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege weitergeleitet und dort für die Realisierung von sozialen Projekten im gesamten Bundesgebiet eingesetzt. Beispiele geförderter Projekte finden sich auf der Internetpräsenz der BAGFW (www.bagfw.de).

Die BAGFW weist im Rahmen eines Gesamtverwendungsnachweises gegenüber den Lotteriegenehmigungsbehörden der Länder die satzungsgemäße Verwendung der Zweckerträge der GlücksSpirale durch die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und deren Untergliederungen nach.

Der Verein „Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.“ ist mit Bescheid für 2016 des Finanzamtes Berlin Körperschaften I vom 06.03.2017 als gemeinnützig anerkannt.

Die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, der Lagebericht und der Anhang 2016 wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Solidaris-Revisions-GmbH, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Da der Jahresabschluss 2017 noch nicht abschließend beraten wurde, erfolgt an dieser Stelle die Darstellung des Zahlenwerks 2016.



GlücksSpirale tut gut
Mit dem Verkauf jedes einzelnen Loses der GlücksSpirale wird Gutes getan. Die Erlöse der Lotterie kommen verschiedenen gemeinnützigen Zwecken zu Gute. Seit 1976 ist die Freie Wohlfahrtspflege Destinatär der GlücksSpirale.

Anschriften



Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin
Telefon: 030 26309-0
Fax: 030 26309-32599
E-Mail: info@awo.org
www.awo.org



Deutscher Caritasverband e. V.
Karlstraße 40
79104 Freiburg im Breisgau
Telefon: 0761 200-0
Fax: 0761 200-572
E-Mail: info@caritas.de

Berliner Büro:
Reinhardtstraße 13
10117 Berlin
Telefon: 030 284 44-76
Fax: 030 284 44-788
E-Mail: pressestelle@caritas.de
www.caritas.de



Der Paritätische Gesamtverband e. V.
Oranienburger Straße 13–14
10178 Berlin
Telefon: 030 24636-0
Fax: 030 24636-110
E-Mail: info@paritaet.org
www.paritaet.org



Deutsches Rotes Kreuz e. V.
Carstennstraße 58
12205 Berlin
Telefon: 030 85404-0
Fax: 030 85404-450
E-Mail: drk@drk.de
www.drk.de



**Diakonie Deutschland
Evangelischer Bundesverband**
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Telefon: 030 65211-0
Fax: 030 65211-3333
E-Mail: diakonie@diakonie.de
www.diakonie.de



**Zentralwohlfahrtsstelle der Juden
in Deutschland e. V.**
Hebelstraße 6
60318 Frankfurt am Main
Telefon: 069 944371-0
Fax: 069 49481-7
E-Mail: zentrale@zwst.org
www.zwst.org

Impressum

Mai 2018

Herausgeberin: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.
V.i.S.d.P.: Dr. Gerhard Timm

Endredaktion: Katrin Goßens, Britt Kutscha, Sabina Bombien-Theilmann
Gestaltung: Rosendahl Berlin – Agentur für Markendesign
Druck: DCM Druck Center Meckenheim GmbH
Bilder: BAGFW, Holger Groß, Dirk Hasskarl, a. a. O.